

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 23-24

Artikel: Der Ruf nach Frieden
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802723>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

doch übertrieben erscheinen, und zwar aus dem Grunde, weil es Nachdenken erfordert, um in den meist so sachlich-trockenen Leitartikeln etwas mehr zu erblicken als harmlose diplomatische Schachzüge, oder eine zeitvertreibende Lektüre bei einem Glase Bier und einer Zigarre. Ja, wenn diese Zeitungsschreiber ihren Menschenpflichten nachkämen, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst wären, wenn sie sich von Höherem leiten liessen als von Parteiinteressen, wenn sie nicht so nüchtern — so gewollt nüchtern — über die ernstesten Fragen, über Leben und Tod ihrer Mitbürger, ihrer Nächsten reden würden — vom Kriege, von Kriegsmöglichkeiten, nicht anders, als ob sie über Wetterstatistik oder Naturerscheinungen berichteten. Wie soll dem Durchschnittsleser etwas dabei einfallen, wie kann er sich aus dem gewöhnlichen Zeitungsstil heraus sofort die schrecklichen Konsequenzen ausmalen, wie kann er die fürchterliche Tragweite der leichtsinnigen Journalistik im Handumdrehen begreifen? Daher ist für die meisten das Zeitungslesen ein Zeitvertreib, ein Sport und die Kriegshetzereien ein willkommener Anlass, um im Wirtshaus Politik zu treiben.

Vom Standpunkte wahrer Humanität jedoch ist der Zweck der Presse, der Beruf des Journalisten ein ganz anderer. Wer ist besser in der Lage, zur Aufklärung der Völker beizutragen, wem stehen bessere Mittel zu Gebote, das Gute und Nützliche zu verherrlichen und das Verderbenbringende, Böse zu bekämpfen? Nur eine Sache ist notwendig dazu: Ehrlichkeit; es hätte keiner Protestversammlungen der Sozialisten gebraucht gegen die Kriegshetzer, wenn es Journalisten gäbe, die mutig für Wahrheit und Gerechtigkeit in die Schranken treten wollten. Ihre Entschuldigung, dass sie sich nach dem grossen Publikum richten müssen und für die Masse schreiben, ist nicht stichhaltig, denn die Presse beeinflusst heute die öffentliche Meinung, aber nicht umgekehrt. Die Pressfreiheit hat auch ihre Nachteile — freilich nicht in dem alten Sinn — aber es ist nicht einerlei, was man dem Volke erzählt und wie ihm eine Sache vortragen wird, und ganz besonders jetzt, wo alles schreibt und wo die meisten das Selbstdenken und Selbsturteilen scheuen, ist Gefahr, dass der Einfluss der Presse in mehr als einer Richtung schädlich wirkt. Dass Zeitungslektüre im allgemeinen die Sitten je veredelt hätte, kann gewiss niemand behaupten, im Gegenteil, man darf ruhig einen grossen Teil der Schuld an der zunehmenden Sittenverrohung dem Lesen der Tagespresse zuschreiben. Wenn wir recht überlegen und uns alle Kulturmöglichkeiten vergegenwärtigen, die der Menschheit heute zu Gebote stehen und so leicht zugänglich sind, so fällt es uns ungeheuer schwer zu glauben, dass in Wirklichkeit noch eine Majorität existieren soll, die in normaler Geistesverfassung dem Kriege zugetan ist, einen Zustand herbeiwünscht, der alle unsere Errungenschaften, auf die wir so stolz sind, in einem Nu zunichte machen kann und uns selbst noch unter das Tier degradieren muss. Es kann nicht sein — die Völker sind besser als ihr Ruf, d. h. besser, als die Zeitungsschreiber uns glauben machen wollen. Was liegt nun aber diesem ganzen Blendwerk zugrunde? Müssen wir die Ursache der Kriegshetzereien, des Hassschürens zwischen den Nationen, zurückführen auf jenen universellen Zug nach Sensation, an dem unsere Zeit in so hohem Masse krankt? Bis zu einem gewissen Grade mag dies zutreffen, aber wenn wir weiter forschen in anderer Richtung, stossen wir auf eine Möglichkeit, die vielleicht der Wahrheit näher kommt — am Ende haben die Völker direkt gar keinen Anteil an den gedruckten Hetzereien und Kriegs-

drohungen, und das meiste davon ist bloss Spiegelfechtereie und das Resultat einer der Menschheit feindlichen Polemik, deren Quelle in Kreisen zu suchen ist, die ganz andere Interessen verfolgen, solche, die dem Volkwohl und dem Völkerfrieden diametral zuwider sind. Das säbelrasselnde Toben und der bramabasierende Ton aus jenen Kreisen, die unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe und unter dem Vorwand, beleidigte Ehre rächen zu müssen, breite Schichten der Bevölkerung in Aufregung versetzen, zeigt uns klar, dass eine friedensfeindliche Macht die Geschicke der Völker lenkt. Ein unheimlicher Gedanke, und die Aussicht, wie dem Uebel mit Erfolg entgegenzutreten ist, scheint auf den ersten Blick gering, denn wir stehen unzweifelhaft einer weitverzweigten Macht gegenüber, deren stärkster Verbündeter ein grosser Teil des Volkes selbst ist, jene, die noch an die Unfehlbarkeit der Zeitungspolitik glauben und die ihre Geistesnahrung hauptsächlich aus den Tageszeitungen schöpfen.

Mag nun die Sache sich verhalten, wie sie will, es war mir nur darum zu tun, eine Erklärung zu finden für die im allgemeinen allen Tageszeitungen gleich eigentümliche, sagen wir — unfreundliche Stellungnahme allen friedlichen Bestrebungen gegenüber, d. h. allen Bestrebungen, die den Zweck verfolgen, Frieden und Eintracht zwischen den Nationen herbeizuführen — um jeden Preis, denn die Aussicht auf eine friedliche Lösung jeder Streitfrage zwischen Völkern verdient doch unsere erste Rücksicht, ist der wichtigste Punkt, wenn es sich um Krieg oder Frieden handelt.

W. Kohl.

—o—

Der Ruf nach Frieden.

Wenn je des Volkes Stimme Gottes Stimme genannt werden durfte, so ist dies heute der Fall, wo überall mächtig das Volk seine Stimme für den Völkerfrieden erhebt. In den Parlamenten und auf seinen Kongressen fordert es ungestüm sein Recht auf friedliche Kulturarbeit. Aber auch in seinen Zeitungen bis hinab zu lokalen Organen, die nicht weit über die Kantons-grenzen hinaus ihren Flug richten, treffen wir überall auf die gleiche Forderung. Es ist derselbe Ruf nach Friedensgarantie, den die einst so verachteten Pazifisten vor Jahrzehnten erhoben. Er wird nicht mehr verstummen, sondern er wird je länger je drohender werden, und gerade in Zeiten, da ferner Kanonendonner zu uns herüber dringt, wird er immer allgemeiner, immer lauter erschallen. So lesen wir im „Bauern- und Arbeiterbund Baselland“:

„Die nordwestliche Ecke des afrikanischen Erdteils scheint dazu bestimmt, die Sorge der europäischen Diplomaten zu sein und gilt seit Jahren als der gefährlichste Wetterwinkel für Europas Kultur. Schon der grosse deutsche Kanzler, Fürst Bismarck, bezeichnete vor Jahrzehnten dieses Land als dasjenige, wo sich die Kolonialmächte einmal darum raufen werden. Schon zum zweiten Male ist die Kriegsgefahr da, und auf des Messers Schneide ist der Entscheid über Krieg und Frieden gestellt. Das fehlte, nebenbei bemerkt, gerade noch, ein Krieg, wo das altersmüde Europa schon unter einer bedenklichen volkswirtschaftlichen Krisis zu leiden hat. Die Teuerungsrevolten, die überall ernsten Charakter zeigen, sie weisen darauf hin, dass die Völker unseres Kontinentes nach Brot und nicht nach Krieg, nach Nahrung und nicht nach dem Schlachtschwert rufen. Tatsächlich ist kein Volk, weder das deutsche noch das französische, die Chauvinisten und Säbelrassler abgerechnet, für die Völkerrügerei zu haben. Die Staaten Europas hätten zur-

zeit besseres zu tun, und ihre Regierungen sollten mit allen Mitteln darauf Bedacht nehmen, der Notlage, in der sich sowohl die Landwirtschaft wie alle Erwerbsgruppen bald befinden, abzuwenden. Ueberall hört man das Geschrei der Teuerung, überall ein Missraten der notwendigsten Produkte für die Lebenshaltung von Menschen und Tieren. Es klingt wie eine bittere, blutige Ironie, das dumpfe Waffengerassel, und daneben das im vollen Brustton gesungene Lob auf unsere hohe Kultur. Wenn sich die drohenden Wolken am politischen Horizonte auch für diesmal verziehen, so ist damit die Gefahr einer kommenden Entladung doch nicht gehoben. „Mit Diplomatenwortgepränge treibt man die Völker in die Enge“, solches Wort hat der grösste Diplomat des letzten Jahrhunderts geprägt, nämlich Bismarck. Gegen einen Krieg haben einzig offen und freimütig die Sozialisten aller Länder ihre scharfe Stimme erhoben. Es ist bezeichnend, dass diese von aller Welt gehasste Partei nun schon zum zweiten Male bei den Marokko-Affären ihre Stimme erhoben hat.

Als vor der Algeciraskonferenz der damalige Minister des Aeussern, der auch jetzt wieder in der französischen Regierung sitzt, der Minister Delcassé, es aufs äusserste trieb, da war es der französische Sozialistenführer Jaurès und sein Anhang, die dem Herrn auf die Finger klopften. Alle Achtung vor solchen Leuten, mögen sie deutscher oder französischer Zunge sein, ihr Veto in solchen Fragen schafft ihnen Respekt.

Weder Deutschland noch Frankreich oder eine andere Macht, die darin verflochten ist, kann wesentliches gewinnen. So wie die Verhältnisse heute liegen, bedeutet Krieg ein viel grösseres und ungeheures Unglück als vor hundert Jahren. Nicht nur die Herde und der Hirte, sondern seither entstandene ungeheure Werke würden vernichtet und die Länder arm und elend gemacht. Das hat Japan nach seinem siegreichen Kriege erfahren, und das erfahren heute alle Länder, die sich in solch gewagte Abenteuer stürzen. Das Gescheiteste wäre wohl, man könnte die Kriegsrüstungen auf ein Minimum beschränken, die Zollschranken niederreissen und so den Volksmassen Brot statt Bajonette bieten. Was ziehen wir in unserem Land, das möglicherweise bei einem offenen Ausbruch des Konfliktes gefährdet wird, für eine Lehre. Man wird uns sagen, unser Wehrwesen auf der Höhe halten, kein Opfer dafür scheuen usw.; was aber, wenn unser Volk eine kräftige Armee, aber für Hunderttausende von Menschen gross und klein kein Brot hat?

Wer vermöchte das Elend nur annähernd zu beschreiben, das entstehen würde, wenn unsere Zufuhr nur für einige Wochen abgeschnitten wäre, und das wäre die erste Massregel der Mächte. In den Städten und Industriezentren wären Hungerrevolten hinter dem Rücken der Armee unvermeidlich. Hat doch zurzeit nicht einmal der Bauer genügend Lebensmittel für sich, wovon sollten denn andere leben, die meist auf Einfuhrprodukte angewiesen sind. Die Schweiz bedarf täglich 100 Waggons Weizen, um jeden mit Brot zu versorgen. Einige hundert Wagen liegen in den Vorratsmagazinen, es könnte vielleicht alles in allem gerechnet für einen Monat ausreichen, und dann? — Dann wäre das Schlimmste da für unser Land, denn der Hunger ist der grösste Feind aller Dinge. Warum da in solchen Zeitperioden nicht besser vorgesorgt wird, ist einfach ein Rätsel. Wohl mag die Lösung dieser Frage schwierig sein, aber unüberwindlich ist sie nicht. Würde der Bund nur alljährlich 10,000,000 Fr. am Kriegsbudget abstreichen und der Getreideversorgung zuwenden, unser Volk wäre viel wohlgenährter, zuverlässiger und siegreicher. Aber so bangt es einem vor solchen Dingen.“

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Die Spannung zwischen England und Deutschland ist geschwunden, nachdem sich die beiderseitigen Regierungen ausgesprochen, gründlich ausgesprochen haben. Der Chauvinist sowohl, der „kräftige Kriegsfanfaren“, wie auch der Friedensfreund, der überschwängliche Freundschaftszusicherungen erwartete, sie beide werden enttäuscht sein. Ohne Phrasen, dafür aber offen und ehrlich, haben die beiden Regierungen dem lebhaften und allgemeinen Wunsche der zwei stammverwandten Völker nach Beseitigung der bestehenden Missverständnisse und Differenzen Ausdruck verliehen. Ohne Phrasen und ohne Ueberschwänglichkeit, ich wiederhole es, haben Sir Edward Grey und Bethmann-Hollweg die dringende Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und die Möglichkeit friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden Nationen betont. Wie nüchtern, wie kühl abwägend und berechnend, wie realpolitisch meinerwegen diese Erklärungen auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, so gewichtig, so weittragend sind sie. Mir wenigsten bedeuten sie mehr, unendlich mehr als wenn die Vertreter der beiden Regierungen bestrickende aber unaufrichtige, falsche Friedensschalmeien hätten ertönen lassen, denn sie zeigen uns nicht nur den Weg, auf welchem Deutschland und England zu einer dauernden, ehrlichen Verständigung gelangen können, sondern, was mindestens ebenso bedeutsam ist, sie zeigen uns, dass beide Regierungen aufrichtig gewillt sind, diesen Weg auch zu beschreiten. Und das ist doch wohl die Hauptsache.

Fast hat es geschienen, als ob das Beispiel Italiens Nachahmung finden sollte: Russland richtete kurz nacheinander zwei anmassende Ultimatus an Persien, die dieses, sofern es nicht gleichzeitig auf seine Souveränität verzichten wollte, unmöglich erfüllen konnte. „Fast“, sage ich, denn nunmehr hat sich glücklicherweise — herausgestellt, dass dem nicht so ist, dass auch das allgewaltige und sonst recht rücksichtslose Russland der italienischen Regierung in ihrer Ueberfallpolitik nicht folgen wolle. Es ist zu hoffen, und, wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenken darf, sogar sehr wahrscheinlich, dass es zu einem persisch-russischen Kompromiss kommen wird. Ob dazu die Proteste des persischen Parlamentes an die Volksvertretungen aller Länder etwas beigetragen haben? Mag sein, viel aber kaum. Dagegen hat wohl Russland England nachgeben müssen, das sich auf das englisch-russische Abkommen von 1907 berief, wonach die Integrität Persiens von beiden vertragsschliessenden Mächten gewahrt werden muss. Das aber zeigt uns wieder einmal mit aller Deutlichkeit, dass internationale Verträge, obschon sie nur „papiere“ sind, trotz aller gegenteiligen Behauptungen doch nicht so mir nichts dir nichts mit Füssen getreten werden können, mag der Wille und vielleicht sogar die Macht dazu auch noch so sehr vorhanden sein. Und das beweist uns weiterhin, dass auch der tripolitane Raubzug mit nicht allzu grosser Mühe hätte verhindert werden können von den europäischen Grossmächten, wenn nicht — worauf allerlei hindeutet, und was man leider annehmen muss — das Ganze eine schon längst abgekartete Sache gewesen wäre. Sicherlich darf man für diese unerhörte Verletzung des Völkerrechts weder das italienische Volk als Gesamtheit, noch den jungen König verantwortlich machen, sondern vielmehr jene „Unverantwortlichen“, jene Cliques, die hinter den Kulissen ihr schändliches Wesen treiben, nicht zuletzt aber auch die europäischen